

Sagen, was Sache ist. Lesen, was klüger macht.

Begründet 1993



Nr. 217

erscheint monatlich

1. Februar 2012

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

“Unwissenheit ist Unfreiheit. Wissen ist die Chance zur Freiheit. Deshalb verstehen wir Bildung als Grundrecht, nicht als abgeleitete Größe ökonomischer Zwänge.” (Franz Müntefering zum Roten Füchsle)

SPD Ehingen Gemeinderatsfraktion

## Haushaltsrede vom 15.12.2011 für die SPD-Gemeinderatsfraktion

Georg Mangold, Fraktionsvorsitzender

Anlass: Verabschiedung des Haushalts der Großen Kreisstadt Ehingen für das Jahr 2012. Herr Vorsitzender, wertere Ratskolleginnen und Kollegen.

### Zuerst die schönsten Zahlen aus dem Vorbericht:

- 2011 konnten 8,3 Mio € mehr Gewerbesteuer eingenommen werden, am Rande sei einmal erwähnt, dass wir von 2004-2010 insgesamt 79,45 Mio € mehr Gewerbesteuer eingenommen haben, als ursprünglich im Haushalt geplant war.
- Zusammen mit der rund 1 Mio € aus dem Anteil der Gemeinden an der Einkommenssteuer und den 0,3 Mio € aus dem Familienleistungsausgleich gibt das ein Mehreinnahme von insgesamt 9,6 Mio €.
- Da wundert es nicht, dass die Zuführungsrate auf 12,7 Mio € erhöht werden konnte und damit eine geplante Rücklagen-

entnahme in Höhe von 7,2 Mio € ganz entfallen konnte.

- Und deshalb gab es 2011 auch (übrigens zum 9. Mal in Folge) keine neue Kreditaufnahme, dafür konnten die Rücklagen um 1,5 Mio € auf nun über 10 Mio € aufgestockt werden.
- Und dann gab es auch noch eine Sondertilgung von 1,1 Mio €.

Der Schuldenstand für den kameralen Haushalt soll dann am 31.12.2012 nur noch 10,2 Mio € betragen.

Bleiben wir bei den positiven Ereignissen. Auch die neue grün-rote Landesregierung plant 2012 ohne Nullverschuldung auszukommen.

Besonders erfreulich ist der Pakt "Chancengleichheit für Familien und Kindern" zwischen der neuen Landesregierung und den Kommunen. Im Rahmen dieses Paktes

### Was gibt's diesmal?

- 2 Kontakte
- 5 Liebe Leser/-innen!  
Wir gratulieren | Impressum |
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 6 Briefe
- 7 Aufruf für Europa
- 8 Das Lamm im Wulfsspelz
- 9 ASS - 60plus
- 10 Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments
- 11 Schule ist Sache der Kantone
- 12 Damals im Februar
- 13 Wo bleibt der Schwarze Brummbar?
- 12 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 14 Europa-Stoßseufzer
- 16 Es stand vor 10 Jahren ...  
(A)bgestimmt - wie?
- 17 (R)umgefragt
- 19 ... positiv überrascht
- 21 Familienwerkstatt in Ehingen
- 22 Startschuss für erste Gemeinschaftsschulen
- 23 Gedichtvortrag in der Stadt Shiraz
- 24 Termine, Hinweise u. a. ■



EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung

Adress-  
Aufkleber



■■■ Fortsetzung von Seite 1

schichtet das Land insgesamt 341 Mio. Euro auf die Kommunen um. Noch nie zuvor wurde in der Landesgeschichte eine so hohe Summe vom Land an die Kommunen weitergeleitet.

Für die Kleinkindbetreuung gibt es zusätzlich 315 Mio. €. Auf die Stadt Ehingen entfallen 303.000 €, die leider noch nicht im HH 2012 enthalten sind, da der Pakt erst nach Drucklegung des HH geschlossen wurde. Damit haben wir eine gute Vorlage, die die Bilanz von 2012 noch verbessern wird. Die 421.000 €, die der ADK bei der Kindertagespflege mehr bekommt, werden wir bei der nächsten Kreisumlage positiv spüren.

Auch für die Schulsozialarbeit gibt es 15 Millionen € mehr. Die grün-rote Landesregierung steigt wieder in die Finanzierung der Schulsozialarbeit ein, aus der sich die frühere Landesregierung ziemlich kleinlaut verabschiedet hat. Da sich auch der Landkreis wieder beteiligt, kommen wir der 1/3-Finanzierung der Schulsozialarbeit ziemlich nahe. Sehr lobenswert ist, dass sich der Gemeinderat und die Stadt Ehingen trotz fehlender

Zuschüsse nie aus der Schulsozialarbeit verabschiedet haben.

Wir haben inzwischen für drei Schulen Schulsozialarbeiter bzw. /-innen. Trotzdem sinkt der Eigenanteil der Kommune von 103.000 € im Jahre 2010 (nur 2 Kräfte) auf 76.000 € im kommenden Jahr.

Auch für die Sprachförderung gibt es vom Land 11 Millionen € mehr. Hier will das Kultusministerium einheitliche Standards anstreben. Wir müssen schauen, dass unser Ehinger Modell Beachtung findet.

Auch der Zuschuss zur Schülerbeförderung wurde von der neuen Landesregierung um 20 Mio. € erhöht, was uns auch wieder über die Kreisumlage zugutekommen kann. Die alten Landeszuschüsse waren seit 1987 auf niedrigem Niveau eingefroren.

Ein anderer Teil des Paktes, das Landeswohnraumförderprogramm mit einem Volumen von 70 Millionen €, wird als Investitionsprogramm wirken und den heimischen Handwerkern helfen. Die Maßnahmen fließen dem sozialen Wohnungsbau, der energetischen Sanierung und

der Schaffung von Barrierefreiheit zu. Das alte Landesprogramm wurde von Grünrot um 25 Mio € aufgestockt.

Die alte Landesregierung wollte für 2012 eine Kürzung der Vorwegentnahmen im Finanzausgleich in Höhe von 405 Mio. €. Die neue Landesregierung wird im Haushaltsjahr 2012 nur 365 Mio. € einbehalten. Den Kommunen verbleiben somit nochmals zusätzliche 40 Mio. €.

Als letzte Maßnahme will ich erwähnen, dass die von allen gelobten und geforderten Ganztagschulen endlich in das Schulgesetz aufgenommen wurden. Hoffentlich wird so der Weg für zusätzliche Lehrerdeputate frei. Gemeinsame Standards können so langfristig leichter umgesetzt werden. Wenn einmal die gebundene Ganztags- mit Gemeinschaftsschule kommt, werden die Anforderungen an alle Beteiligten deutlich steigen.

Zusammengefasst erhalten die Kommunen im Jahr 2012 mehr als 400 Millionen zusätzliches Geld vom Land.

Die Ausgangslage ist also für den HH 2012 gut. Die geplante 7,2 Mio € Entnahme aus der



Die kleinen Flaggen/Wappen auf Seite 1 neben dem EU-Sternenkranz (von links): Deutschland, Baden-Württemberg, Alb-Donau-Kreis, Ehingen/Donau — Griesingen, Öpfingen

### Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,  
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;  
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,  
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender  
(Gemeinderat Ehingen) **Georg Mangold**,  
Fon 07391-5 39 05,  
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende  
**Heidi Ankner**;  
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße7,  
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -  
Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587

57 87 Büroleiterin **Bruni Oehrke**; **Bruni.Oehrke@spd.de**; Regionalgeschäftsführer **Ulrich Möhrle** (01 51 - 17 86 47 80) - **ulrich.moehrle@spd.de**

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**,  
Betreuungs-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis;  
Söflinger Straße 145, 89077 Ulm,  
Fon 0731/3989700, Fax 0731/ 3989701;  
**Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de**;  
Mitarbeiterin **Susanne Nödinger**

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**,  
Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon  
0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67  
13, **hilde.mattheis@bundestag.de**;

**Kerstin Krell**, **Karl Piberhofer**, **Bettina Schulze** (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro **Hilde Mattheis MdB**,  
Söflinger Straße 145; 89077 Ulm,  
Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21,  
**hilde.mattheis@wk.bundestag.de**; **Matthias Genchi** - **www.hilde-mattheis.de**

Europa-Abgeordnete  
**Evelyne Gebhardt MdEP**; **Keltergasse 47**,  
74653 Künzelsau; 0 79 40 - 5 91 22;  
**EGebhardt.MdEP@T-Online.de**;  
**www.evelyne-gebhardt.eu** ■



Fortsetzung von Seite 2

Rücklage wird hoffentlich wieder nicht kommen. Ein Polster für die nächsten Jahre wird sicher kein Fehler sein. Da bis 2015 Gewerbesteuern von jährlich 32 Mio € vorgedacht sind, muss unser Gewerbesteueraufkommen auf hohem Niveau bleiben. Da darf kein großer Zahler kränkeln. Deshalb ist es gut, dass wir in diesem Jahr keine größere neue Maßnahme durchführen, die uns zukünftig viel Geld kosten wird.

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich aufgeführt, was der SPD-Fraktion gefällt. Dieses Mal möchte ich aufführen, welche Themen schon angesprochen wurde, aber noch abgearbeitet werden müssen:

- Die SPD-Fraktion hofft, dass die Entwicklung eines städtischen Leitbildes, besonders für die innerstädtische bauliche Entwicklung 2012 intensiv vorankommt.
- Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass Ergebnisse der Zukunftswerkstatt, die ab Januar intensiv an die Arbeit gehen wird, auch in dieses Leitbild einfließen.
- Die SPD-Fraktion wünscht, dass die Planungsrate für eine umfassende Radwegeplanung von 80.000 € ausgeschöpft wird, damit wir bald an die Umsetzung und den Ausbau gehen können.
- Die SPD-Fraktion möchte, dass der Gemeinderat über Ergebnisse, die im Rahmen der Bestandsaufnahme für die Gebäudereinigung erstellt wurden, informiert wird; ich denke dabei z.B. an das Raumbuch: wir wissen nicht, wie viele Gebäude gehören tatsächlich der Stadt Ehingen.
- Die SPD-Fraktion glaubt, dass sich der Gemeinderat und interessierte Bürger einmal

gründlich mit der Bevölkerungsentwicklung beschäftigen sollten, und wir werden dafür fremden Wissensbeistand brauchen.

- Die SPD-Fraktion will nach wie vor eine Lösung, in der 14-18-Jährige in die Kommunalpolitik eingebunden werden; ich vertraue mich das Wort Jugendgemeinderat fast nicht auszusprechen.

**Positiv im Haushalt 2012 ist:**

- Die Tieferlegung der Straßenbrücke unter der Bahn bei Berkach, das bringt hoffentlich eine Entlastung für die Bürger im Berkacher Grund.
- Eine Planungsrate für die Oberschaffnei, wir brauchen dringend Räumlichkeiten für viele soziale und ehrenamtliche Gruppen, und die Arbeit der lokalen Agendaarbeitskreise entwickelt sich gut.
- Dass geplant ist, das Angebot für Kleinkinderbetreuung ab 2013 noch einmal aufzustocken, die Annahme, dass nur jedes 4. Kind einen Platz benötigt, kann sich als Fehlannahme herausstellen, genau wie die überraschende Aufnahme des ersten Säuglings in die Krippe; bleibt zu hoffen, dass die Planer des Bedarfs für "Kleinkinderplätze" demnächst nicht ebenfalls bekennen müssen: Wir sind von der Realität total überrollt worden.
- Dass der VVE einen dritten Arbeitsbereich "Energie" bekommen hat. Wenn der Ausbau der Photovoltaik auf städtischen Dächern zügig weitergeht, können wir große Teile des städtischen Stromverbrauchs vielleicht doch noch aus Ökostrom decken. Die Dächer der Michel-Buck-Schule werden hier sicher einen großen Schub bringen,

und vielleicht dreht sich demnächst ein Windrad mit städtischer Beteiligung, die Möglichkeiten dazu haben sich ja deutlich verbessert.

- Dass wir laut Aussage von OB Baumann beim Investitionsprogramm 2020 für Schulen im Plan liegen.
- Wenn wir zum zweiten Mal eine erhebliche Summe, diesmal innen, (70.000 €) in den Burghof stecken, weil dieses vermutlich älteste Gebäude der Stadt ein wichtiges Zeugnis früherer Bebauung ist. Wäre es aber nicht an der Zeit, über die Verwendung dieses Gebäudes einmal konkreter nachzudenken?

Einen Punkt möchte ich noch besonders ansprechen. Die SPD-Fraktion hofft weiterhin, dass unser neuer Sozialbürgermeister unsere mehrfach geäußerten Gedanken von betrieblicher bzw. behördlicher Kinderbetreuungen, bis hin zur betrieblichen Krippe, weiterhin ergebnisorientiert verfolgen wird. Schon 2001 bemerkte der damalige Leiter in Schul- und Sportamt im Kultur- und Sozialausschuss: "Außerdem werde man sich im Rathaus Gedanken darüber machen, ob nicht auch im Krankenhaus (damals noch kein Gesundheitszentrum) eine Tagesstätte oder ähnliches zur Kinderbetreuung eingerichtet wird - auch wenn sich eine solche Einrichtung nicht so gut rechnen wie ein herkömmlicher Kindergarten."

Im Land gibt es sehr viele sehr positive Beispiele für betriebliche Kinderbetreuung. Größere Firmen wollen mit Krippen sogar Fachkräfte gewinnen.

Es wäre toll, wenn die Überschrift eines Artikels in der





■■■ Fortsetzung von Seite 3

Schwäbischen Zeitung vom 24.9.2011 bald Wirklichkeit wird: "Betriebskindergarten könnte 2012/2013 starten."

Zum Schluss möchte ich mich für die die SPD-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Arbeit bedanken. Ein besonderer Dank gilt natürlich der Finanzverwaltung unter Leitung von Kämmerer Fischer und auch Ihnen, Herr Oberbürgermeister Baumann.

Dank gilt allen Bürgerinnen und Bürger und allen Betrieben, ganz besonders den Gewerbesteuerzahlern, die ihre Steuern und Gebühren entrichten und so diesen guten Haushalt ermöglichen.

**Wir sind froh, dass auch das Jahr 2011 bundesweit wirtschaftlich gut gelaufen ist.**

Trotz der Finanzmarkt-, Schulden- und Eurokrise

kamen wir bisher noch mit einem blauen Auge davon.

**Europa muss einen gemeinsamen Weg finden, der uns wenigstens längerfristig aus der Misere herausführt.**

Ein Problem besteht aber nach wie vor. Die Umwälzungen wurden und werden besonders in Deutschland auf dem Rücken der sogenannten Normalverdiener ausgetragen.

**Sorgen macht uns Sozialdemokraten nach wie vor, dass zu viele Arbeitsverhältnisse im Niedriglohn- oder Zeitarbeitssektor liegen.**

Dafür ist das neudeutsche Wort "prekäre Arbeitsverhältnisse" entstanden. Zu viele Menschen haben trotz voller Arbeitszeit ein Einkommen, mit dem man allein eine Familie nicht mehr ernähren

kann. Zweit- und Drittjobs sind heute keine Seltenheit mehr. Die Folgen für die persönlichen Lebensplanungen - besonders der Wunsch nach einem Kind - und Folgen für die Sozialhaushalte, besonders für die künftigen Rentner und Rentnerinnen, kann sich jeder selber vorstellen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, dass wir die Schließung des Bonus-Marktes sehr bedauern. Die Arbeitsagentur gibt sehr viel Geld für sogenannte Qualifizierungsmaßnahmen aus, da wäre die Weiterführung einer Maßnahme mit realen Arbeitsbedingungen wichtiger und sicher auch fruchtbarer gewesen.

Der Gesamthaushalt ist ausgewogen und gut finanziert. Deshalb wird die SPD-Fraktion dem Haushalt geschlossen zustimmen. ■



Kreisverbands-Jahresessen am 5. Januar 2012  
Gasthaus Lamm, Blaubeuren-Asch

Der Veranstaltung war gut besucht. Der Raum war mit etwa 25 Personen voll besetzt. Im oberen Bild begrüßt unsere Kreisvorsitzende Heidi Ankner (Blaustein) die Gäste aus den Ortsvereinen Blaustein, Blaubeuren, Ehingen, Munderkingen-Rottenacker, Schelklingen, Ulmer Alb/Lonsee und Weihungstal.

Übrigens: Hier wurden weder Spenden- noch Steuer- noch Parteigelder "verprasst", sondern alle bezahlten ihre Rechnung selbstverständlich selbst.

Bild unten: Hilde Mattheis MdB freut sich über ein Blumengebinde. Bei solchen Anlässen wird gerne auch gegenseitig Anerkennung für geleistete Arbeit gezeigt. Dank und Anerkennung erfuhr auch unsere Kreisvorsitzende Heidi Ankner.

Fotos: Horst Feiler, Illerkirchberg



# Liebe Leserinnen und Leser!

Haushaltsrecht ist Königsrecht. Und so konnte die Leserschaft des Roten Fuchsles im Januar erfahren, dass und warum die SPD-Kreistagsfraktion dem Haushaltsplan des Alb-Donau-Kreises zustimmte. Dennoch sieht sie noch gerne den einen oder anderen Schwerpunkt als verbesserungswürdig an. Unser Kreistags-Fraktionsvorsitzender Günter Neubauer (Langenau) hat es in seiner hier abgedruckten Rede dargestellt. In dieser Februarausgabe kommt nun Ehingens SPD-Fraktionsvorsitzender Georg Mangold zu Wort. Er stellt viele positive Gesichtspunkte im städtischen Haushaltsentwurf heraus und begründet, warum die SPD zustimmt. Dennoch nennt auch er einige wichtige Dinge, die nach unserer Ansicht noch dringend weiterentwickelt werden müssten.

Zwei Herzensanliegen, aber nicht die einzigen, sind dabei eine Art Jugendgemeinderat (oder wie man es nennen möchte) und auch die Schulentwicklung.

Zu dieser konnte 's Rote Fuchsle in Peter Gubser einen Genossen aus der Schweiz gewinnen, der uns beschreibt, wie die Volksschule (gemeint: Gemeinschaftsschule) in seinem Heimatland organisiert und verwaltet wird - basisdemokratisch eben, wie sonst!

Die Gemeinschaftsschule findet hierzulande Befürworter - man ist darob richtig froh.

Weiter beschäftigt uns Europa. Es geht mal nicht so sehr um den Euro, sondern darum, dass europäisches Denken und Handeln sich für uns Bürgerinnen und Bürger im Alltag, in ganz alltäglichen Dingen, wieder mehr zeigen sollte: erspürbar, erlebbar für Viele. Das meint auch Genosse Wolfram Klaar aus der Nähe von Überlingen - hier im Blatt.

Dass EU-Europa nicht (nur) eine Wirtschaftsgemeinschaft und gar nur etwas für Pfeffersäcke ist, sondern sich auch längst zur Wertegemeinschaft gewandelt hat, zeigt sich am Widerstand gegen die derzeitige ungarische Regierung, die ganz auf der nationalistischen bis schon beinahe rechtsradikalen Seite steht und viele Grundrechte zu beschneiden versucht. Die EU will nach langem Zaudern jetzt zu finanziellen Druckmitteln greifen. Wir haben (r)umgefragt und viele Antworten erhalten.

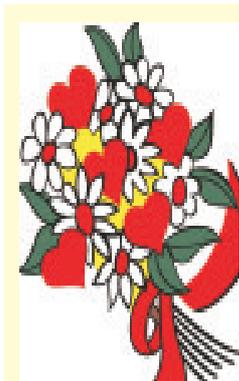
Zwei Leser berichten über die Ehinger "Zukunftswerkstatt" vom 21. Januar.

Was viele zum derzeitigen Bundespräsidenten empfinden, wird in zwei Beiträgen deutlich.

Ein Strauß (nicht immer) bunter Themen. ■

## „Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre  
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage		Mitgliedschafts-Jubiläen	
geboren am	wird	Eintrittsjahr	Jahre
	- diesmal niemand -		- diesmal niemand -

Wer bei den Geburtstagen oder Jubiläen Fehlerhaftes oder Unvollständiges entdeckt: Bitte nicht gekränkt sein, sondern einfach mitteilen! Danke. LD

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen.

**Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet — natürlich auch der örtlichen Presse!**

**Impressum:** 's Rote Fuchsle wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben.

**Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10).** Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Fuchsle, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de \* **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■

Wer keine Veröffentlichung seiner Daten wünscht, möge dies rechtzeitig vor Redaktionsschluss mitteilen.





# Briefe

Herr Bundespräsident!

Bitte, bitte, tun Sie dem deutschen Volk den Gefallen und treten Sie zurück. Ihr Fass ist übergelaufen.

Lutz Deckwitz  
89584 Ehingen-Mühlen

An Martin Rivoir MdL (I) (2.1.2012)

Mich hat eine relativ kleine Nachricht "aufgeschreckt": "Zweifel an Mieterschutz"

Eine Sozialcharta für Mieter der zum Verkauf stehenden 21.500 Wohnungen der Landesbank Ba-Wü (LBBW) hilft laut einem Bericht der Stuttgarter Zeitung nur wenig. Der Käufer könne von 2016 an Mieten ungebremst erhöhen und Wohnungen weiterverkaufen. Ein LBBW Sprecher wollte das nicht kommentieren, er verwies lediglich auf frühere Aussagen, wonach die Interessen der Mieter berücksichtigt würden.

Soweit die Meldung: 21.500 Wohnungen repräsentieren sicher so um die 50.000 Mieter (auch Wähler). Kernziel unseres Wahlsieges war doch, dass solche Vorgänge ab sofort offen - durchschaubar - sozialverträglich sein müssen.

Ich hoffe, dass der ganze Vorgang nicht schon von der alten Regierung total versaut wurde. Bitte kümmerst euch darum. Von der Art, wie solche Vorgänge angegangen werden, hängt schon heute der nächste Wahlerfolg ab.

Georg Mangold  
Ehingen

An Martin Rivoir MdL (II) (3.1.2012)

Hallo Martin, da bin ich schon wieder. Diesmal geht es speziell um geplante familienfeindliche Kürzungen der neuen Landesregierung:

Absenkung des Beihilfebemessungssatzes für Beihilfberechtigte mit zwei Kindern auf 50%.

Meine ältere Tochter hat nach dem Abi ein soziales Jahr gemacht (die Gesellschaft hat nie Danke gesagt) und nun ein Studium begonnen. Sie war in diesem Jahr in der AOK. Seit Studienbeginn habe ich sie wieder in die Beihilfe-Debeka zurückgenommen. Wenn der Satz nun auf 50 % gekürzt wird, werden wir mehrfach bestraft:

- wegen des sozialen Jahrs
- weil wir so blöd waren und 2 Kinder haben - auf was ist eigentlich noch Verlass?
- sind wir eine Demokratie oder ein ostelbischer

Gutshof, auf dem der Gutsherr nach Belieben entscheiden kann? Wie soll man planen, wenn gleich darauf der Schlag von oben kommt "Wegfall der linearen Anpassung von Besoldung und Versorgung in Höhe von 1,2 % im Jahre 2012".

Danke: Dafür, dass wir seit Jahrzehnten hinter der allgemeinen Lohnentwicklung herhinken, dürfen wir diesmal sogar noch ein besonderes Sonderopfer bringen. Die restlichen Sonderopfer kennst du wohl besser als ich.

So gewinnt man keine Wähler, aber so verliert man die nächste Wahl. Macht das Spaß?

Georg Mangold  
Ehingen

Betreff: ZDF-Drehscheibe "und zwar nach ..."  
(10.1.2012)

Täglich enthält Ihre o.g. Sendung die eigentlich nette Gewohnheit, irgend einen beliebigen "Fleck" im Lande per Zufall ausfindig zu machen und alsdann eine kurze Reportage darüber zu machen. Es gibt aber Dinge, die mich daran stören.

- Ich sehe nicht alle Sendungen, aber ich sah viele. Süddeutsches ist mir nie begegnet. Zufall?
- Ich höre dann anfangs immer den Unterton heraus: "Ach Gott, in welchem Kaff oder in welcher gottverlassenen Gegend bin ich denn hier gelandet?" Ist das Großstädter-Arroganz gegenüber den Trotteln vom Lande?
- In eine ähnliche Richtung ging dann die heutige Frage an einen Einheimischen, der - natürlich - hinter Hecken ausfindig zu machen war: "Wie sind denn hier die Leute so?" Kann man alle Menschen eines Orts oder einer Gegend pauschal mit der einen oder anderen Verhaltensweise kennzeichnen lassen wollen und den ersten Besten danach fragen?

Und irgendwie stört mich auch, dass Sie dann so tun, als ob der Moderator/die Moderatorin mal grad eben so an einer Haustür klingelt, und schon ist man mitten drin in der guten Stube, oder schon darf man (wie heute) mit dem Fischer rausfahren usw. Alles "ganz spontan" und wie grad dahergelaufen. Das ist doch Zuschauerverblödung, oder?

Und ein Nachtrag, auch zum Mittagmagazin: Da behauptete Ihr heutiger Moderator, die Weihnachtsbäume seien ja jetzt abgeräumt und entsorgt. Was weiß der Mann denn?! Im manchen Gegenden steht der Christbaum bis Lichtmess (Anfang Februar). Hätte er





Fortsetzung von Seite 6

gesagt: oft/in manchen Gegenden/Wohnungen/...  
Aber so pauschal etwas zu behaupten, geht mir zu weit.

Irgendwie scheint mir der "Geist" wurzelloser Großstadtmen-  
schen alle außerhalb ihres Lebensumfelds als zooähnlich zu begaffende Hinterwäldler darzustellen.  
Nur die eigene Wertevorstellung oder Sicht der Dinge ist da {vermeintlich} gültig.

Ludwig Dorner  
89608 Griesingen

Antworten auf diese Schreiben, die vorab natürlich an die Empfänger selbst gingen, würde 's Rote Füchsele natürlich veröffentlichen.



## Aufruf für Europa



Wolfram Klaar (OV-Vorsitzender  
Uhldingen-Mühlhofen, Bodenseekreis)

Liebe SPD-Genossen, wahrscheinlich geht es Euch ähnlich wie mir: Ich habe, wenn ich an Europa und den Euro denke, dieser Tage heftig zunehmendes Magengrimmen bis hin zu Brechreiz. Es liegt daran, dass diese Dinge zunehmend vor die Hunde zu gehen drohen, und vor allem daran, dass von uns so wenig dagegen unternommen wird. Europa ist unendlich viel wichtiger als S21, aber wie viel Energie verwenden wir alle vergleichsweise darauf? Fast keine!

- Ich habe als 8-jähriger Flüchtlingsjunge noch den 2. Weltkrieg erlebt. Seit dem war 66 (sechshundsechzig) Jahre lang Frieden! So soll es um Himmels Willen bleiben!
  - Ich habe mir in den 1950-er Jahren noch von meinem Geschichtslehrer erzählen lassen müssen, dass Frankreich unser Erbfeind sei.
  - In den Achtziger und Neunziger Jahren hatte ich auf Europa-Geschäftsreisen an einem Tag leicht mal fünf verschiedene Währungen in der Brieftasche, von den Ein- und Ausreiseformalitäten ganz zu schweigen.
  - Ich kann heute jederzeit den Ort meiner Geburt in Polen besuchen, als wäre er in Deutschland.
  - Ich bin stolz auf Europa als meine kulturelle und geistige Heimat. Auf der ganzen Welt gibt es nichts, was sie mir ersetzen könnte.
  - Ich will, dass meine Kinder in den Genuss des Vereinten Europa gelangen.
  - Nichts wäre schlimmer für uns alle als der Rückfall in die alte Kleinstaaterei.
- Amerikanische Wirtschaftswissenschaftler (Nobelpreisträger Paul Krugman) erklären bereits als "Fait Accompli", warum der Euro scheitern musste (nicht müsste).
- Mir wird angst und bange, denn ich glaube an den Weg vorwärts. Stillstand war immer schon Rückschritt, und den will ich für diese Sache auf keinen Fall.
- Europa und der Euro dürften, was die Beurteilung der Dinge angeht, unter uns Genossen weitgehend unstrittig sein. Es gibt dazu eine klar herausgearbeitete Position der SPE-Fraktion des Europa-Parlaments. Dank Peter Simon sind wir bestens informiert. Ich erkenne darin keinerlei Widerspruch zu dem, was ich selbst glaube.
- Es gibt klare Verursacher dieser Misere: Die jahrzehntelange Misswirtschaft unserer Staaten auf der einen und die skrupellose Ausbeutung dieses Umstands von einer durch die Politik selbst entfesselten Welt-Finanzmeute auf der anderen Seite. Europa interessiert diese Leute einen Dreck, solange die eigene Kasse stimmt. Es geht finanziell und politisch alles auf unsere Kosten.
- In den Finanzhauptstädten der Welt demonstrieren mittlerweile Tausende bei Tag und Nacht gegen die unkontrollierte, unlegitimierte und zerstörerische Macht der Finanz-Mafia. Wir aber, die wir als Steuerzahler und Europäer doppelt betroffen und betrogen wären, tun so gut wie nichts dagegen. Eine 30-Personen-Veranstaltung in Salem-Neufrach [Bodensee - Red.] reicht nicht!
- Müssen nicht wir, die Orts-, Kreis-, Landes-, Bundes-SPD, Europa-SP uns gemeinsam erheben und den Widerstand der Straße organisieren? Vielleicht gemeinsam mit anderen Parteien, den Gewerkschaften, den Kirchen z.B.? Es muss Druck entstehen, damit sich etwas in die richtige Richtung verändert. Die Parteien dienen der politischen Willensbildung! Also lasst es uns doch tun! Nehmen wir uns ein Beispiel an anderen Mutigeren.

Mit frdl. Genehmigung  
des Roten Seehas ■





Bundespräsident

## Das Lamm im Wulffspelz - oder von geplatzten Kleinbürgerträumen

Dieter Volgnandt

Zugegeben, beeindruckend sahen sie schon aus auf dieser Hochglanzabbildung in der Weihnachtsausgabe der Bunten, die das Präsidentenpaar im Palast des Emirs von Dubai zeigte: Sie ganz in Beige im eleganten Abendkleid, er im Smoking mit dieser sauberen Frisur, die mich immer irgendwie an einen frisch gebackenen Konfirmanden oder an einen Gebietsleiter von Ergo-direkt erinnert. Wirklich, fast schon gerührt, sah ich zu, wie beide in die Kamera lächelten, so als wollten sie sagen: Seht her, Ihr von der Bunten, da sind wir immer noch ganz Euresgleichen, aber jetzt wie Aladin im Traum von 1001 Nächten.

Die Bunte lese ich immer, wenn wir bei meiner Schwiegermutter sind. Die hat die Bunte nämlich abonniert, und im Gegensatz zu mir liest sie sie auch, während ich sie unter ihren missbilligenden Blicken nur so durchblättere. "Na, bist Du endlich fertig?", sagte sie endlich, als ihr mein Gestiere zu viel wurde, aber da war ich schon in den Artikel über den bombastischen Auftritt von Christian im Palast des Emirs vertieft und las, wie majestätisch wir Deutschen uns endlich wieder präsentieren, und natürlich, wie seine Bettina, die First Lady, auch vom Weiblichen her gut ankomme und etwas ganz anderes verbreite, als man es bisher von der schwäbischen Spätzles-Erotik so gewohnt war.

Das war an Weihnachten und da nahm die Posse in Bellevue so langsam richtig Fahrt auf. Frei nach einer sehr beliebten Komödie eines zu seiner Zeit weniger beliebten Dichters könnte man ihr den Titel "Das Schaf im Wulffspelz - oder das zerbrochene Amt" geben. Gut möglich wäre auch "Der Lügenbaron von Bellevue", aber das erinnert zu sehr an den gefallenen Freiherrn und seinen phänomenalen Bestseller "Vorerst gescheitert", was

auch in die Irre führen würde, denn echte Barone kommen immer durch und können sich, das hat man schon als Kind gelesen, notfalls sogar an den eigenen Haaren aus dem Sumpf herausziehen. Oder sie tauchen mal kurz ab nach Amerika, wo sie sich die Villa selbst kaufen, ganz ohne das Geld von Freunden oder die guten Zinsen einer schwäbischen Hausbank.

Das kann unser Bundespräsident nicht, schon weil sein Konto trotz der ausgezeichneten Gehaltsklasse an sehr irdische, nämlich begrenzte Maßstäbe gebunden ist.

Das wiederum ist auch das Herrliche an Wulff, nämlich dass er, wie sein beispielhafter Vorgänger Adam im Zerbrochenen Krug, so menschlich allzu menschlich ist und sich mit jeder weiteren Erklärung, mit jedem weiteren Interview und jeder weiteren Stellungnahme nur immer tiefer in sein selbstgestricktes Lügen- und Märchengespinnst verstrickt, so dass es einem vor lauter diabolischem Vergnügen über die Schwächen des Menschseins fast schon wieder graut, hält er einem doch ganz unbewusst den eigenen Spiegel vor.

Ja, der Wulff, der mit seiner

Bettina ähnlich dem Fischer und seiner Frau ins Schloss Bellevue vermittelt, ist und bleibt jenseits aller Parteienzugehörigkeit einer von uns. Und weil das so ist und auch so bleiben soll, müssen wir jetzt so hart und gnadenlos über ihn urteilen, auch wenn er Erbarmen vielleicht in unserem diabolischen Gelächter wieder finden dürfte.

Nun so schnell aus allen präsidentalen Träumen in die harte Wirklichkeit hinaus katapultiert, sieht sich Wulff vor allem einmal als Opfer und nicht als Täter, tatsächlich aber ist er in einer Umkehrung der Werte beides, was er uns mit jeder seiner windigen Erklärungen und Verdrehungen zeigt, mit denen er sein Fehlverhalten zugleich entschuldigen und entschulden möchte. Damit verkauft er uns unbewusst das Amt des Bundespräsidenten als eine Art Klippschule, in das nun bald jeder Praktikant, sofern nur lernwillig genug, hineinpasst, und verrät uns gleichzeitig, was er von dem Amt hält, nämlich nichts, was nichts über sein eigenes Programm Wulff hinaus verspricht, mit dem er sich Zugang nach Oben verschafft. Derart





Fortsetzung von Seite 8

beansprucht er öffentlich, sich weiter Freunde halten zu wollen, die einem auch einmal Geld und ihre Villen leihen oder mit Flugtickets bedenken, die einen fast umsonst und erster Klasse um die Welt befördern sowie Banken, die einem die günstigsten Konditionen einräumen.

Und mit derselben Chuzpe bemüht er seine schwierige Kindheit, wenn er auf sein Fehlverhalten angesprochen wird, und wird so mit all diesen Schwächen bei aller angebrachten Empörung immer auch unser kleinbürgerliches Gegenbild. Das ist das Tragische an dieser traurig lächerlichen Posse: Dieser allzeit schwiegermutterfähige Präsident aus der Mitte unserer Gesellschaft mit seiner Gattin, die auch noch im raffiniertesten Kostüm aussieht wie die ewige Unschuld vom Lande, denkt, er könne sein Herkommen verraten und würde als Bundespräsident in eine längst wieder feudal über den Normalbürgern thronende Oberschicht wechseln, für die andere Spielregeln gelten, wo

man vermittelt eines Zaubertelefons die lästigen Dinge und Widersprüchlichkeiten des Alltags aus dem Wege schaffen kann. Ja, das ist fast schon orientalisches, aber auch im Orient platzen zur Zeit bekanntlich so manche Träume, steht so mancher Aladin eines Morgens ohne Zauberlande und Schloss da.

Geplatzt sind diese Kleinbürgerträume am fehlenden Klassenbewusstsein, das den Bürger den eigenen Wert stets vergessend und in den Magazinen von Gala und Bunten blätternd neidisch nach Oben schielen lässt. Mit seinem Fall - der ähnlich der Fensterflucht Adams und seiner vorläufigen Begnadigung in der Komödie nun in die Präsidentschaft auf Bewährung übergeht, in der ein Präsident nur noch die Parodie seiner selbst sein kann, ist er Täter und Opfer seiner selbst, weil er vergessen hat, woher er kommt und wohin er gehört.

Schade, denn diese Republik bräuchte einen wie ihn, schon zur weiteren Aufrecht-

erhaltung der Utopie von der demokratischen Bürgergesellschaft, in der Aufstieg und politische Teilhabe durch Leistung, Fleiß und Ehrlichkeit garantiert werden.

Mit Wulff ist der Zauber des Amtes endgültig zerbrochen, ist dem Amt nachhaltig Unrecht geschehen, was auch mit seinem Rücktritt nicht mehr aus der Welt gebracht werden könnte.

**Wer erwartet denn schon den Rücktritt eines lernunfähigen Praktikanten?**

Damit aber dem Amt wieder Recht geschehe und dieser Traum nicht endgültig von Merkels Zauberkiste, Seehofers Macht-Geschachere und allem Parteien- und Ämtergerzerre begraben wird, sollten wir die Verfassung ändern und künftige Bundespräsidenten direkt vom Volke wählen lassen. Dann vielleicht wissen sie wieder, wohin sie gehören und welche Werte sie eigentlich zu vertreten haben.

**ASS - 60 plus — Horst Feiler informiert**

Einladung zu unserer nächsten Sitzung am 15. Februar 2012 in Blaustein / Tagesraum der AWO - Beginn: 15.00 Uhr sowie Zusammenfassung unseres Treffs vom 07.12.2011. Unsere Jahresabschlussitzung fand unter guter Beteiligung und mit einer übervollen Tagesordnung statt. Ferdinand Hartmann brachte das "angedrohte" Apfelbrot, das einfach herrlich schmeckte, mit. Marianne Dieter hatte alles bestens vorbereitet und festlich dekoriert.

Zu unserer Feude kam unsere Bundestagsabgeordnete zusammen mit ihrem Mitarbeiter Kai Schnackenberg auf einen Sprung zu Besuch und berichtete zusammenfassend vom gerade zu Ende gegangenen Parteitag. Sie wies besonders auf die Kompromissbereitschaft aller und die neue Aufbruchstimmung hin. Die gemeinsam gestellten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und der notwendigen Umverteilung sowie die Besinnung auf unsere Grundwerte kamen ebenfalls zur Sprache. Gleichzeitig nahm sie unsere Glückwünsche zur Wiederwahl in den Parteivorstand entgegen.

Sttg. 21 sparten wir sinnigerweise aus. Dafür kamen zu Guttenberg, Koch-Mehrin und auch das neu erschienene Buch über Hannelore Kohl sowie die im Raum stehende Fusion unserer beiden Kreisverbände ergiebig zur Sprache. Die Wahlen in Russland fanden ebenfalls breiten Raum. Die wachsende soziale Kluft in Deutschland war wie immer auch unser Thema. Emil Lehle hat wieder einen neuen Vortrag vorbereitet. Sein Thema: das Leben des Otto Wels. Martin Rivoir hat uns angeboten, nach Stuttgart in den Landtag zu kommen. Ein vorläufiger Termin steht auch schon fest: 14. März 2012. Parallel hierzu bleiben wir bemüht, einen Besichtigungstermin bei der Firma Liebherr (Ehingen) zu erhalten. Kreisrätin Klärle Dorner hat uns ebenfalls einen interessanten Vorschlag gemacht: Besichtigung der neuen Druckerei der SWP. - Wir bleiben am Ball. ■



## Evelyne Gebhardt MdEP Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

[www.europarl.europa.eu/pdf/welcome\\_brochures/for\\_you/working\\_for\\_you\\_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/pdf/welcome_brochures/for_you/working_for_you_de.pdf)

EU-Kommission stellt Novellierung vor

# "Berufsanerkennung ist Priorität für 2012"

Immer noch schrecken bürokratische Hürden viele EU-Bürger und -Bürgerinnen vor einer grenzüberschreitenden Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit ab. Aus diesem Grund legt die EU-Kommission Anfang dieser Woche Gesetzesänderungen vor, um die bestehende Richtlinie zur Berufsanerkennung zu überarbeiten.

"Die Personenfreizügigkeit ist die Antriebsfeder des europäischen Binnenmarkts. Häufig schränken Hürden diese Mobilität allerdings stark ein. Daher ist die Neufassung der Richtlinie zur Berufsanerkennung notwendig, um das volle Potenzial des Binnenmarkts auszuschöpfen", führte die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament Evelyne GEBHARDT aus.

**"Wir wollen eine Berufsausübung, die hohe Qualitäts- und Sicherheitsstandards erfüllt, wobei die Verfahren zur Anerkennung von Berufsqualifikationen einfach und schnell sein müssen.**

Die Einführung eines freiwilligen europäischen Berufsausweises ist hierbei angebracht", so die SPD-Europaabgeordnete Evelyne GEBHARDT mit Blick auf die Kommissionsvorhaben abschließend.

"Sozial, nachhaltig, unbürokratisch":

### EU-Kommission veröffentlicht Vorschlag zur Modernisierung der öffentlichen Auftragsvergabe

Soziale und nachhaltige Kriterien sollen mehr Gewicht bei der öffentlichen Auftragsvergabe erhalten, so der Vorschlag der EU-Kommission zur Modernisierung des öffentlichen Auftragswesens, den sie in Brüssel vorstellte. Allerdings bleiben Subunternehmen im Kommissionsentwurf davon unberücksichtigt.

"Schon lange fordern wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen eine starke soziale Ausrichtung bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Ein politischer Ansatz, den auch das Europäische Parlament bestätigt hat", erklärte die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament Evelyne GEBHARDT im Hinblick auf den Kommissionsvorschlag.

**"Allerdings müssen auch Subunternehmer die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen achten, für faire Arbeitsbedingungen sorgen, Tarifverträge respektieren und die Gleichstellung von Frau und Mann vorantreiben.**

Die vorgestellten Kommissionsvorhaben lassen diesen Bereich aber leider links liegen", kritisierte Evelyne GEBHARDT.

"Dennoch greift der Entwurf viele

Ideen zur stärkeren Berücksichtigung sozialer und nachhaltiger Kriterien auf, die wir Sozialdemokraten im Vorfeld formuliert hatten", kommentierte die SPD-Europaabgeordnete und Vergaberechts-Expertin Barbara WEILER.

Die öffentliche Auftragsvergabe macht 18 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts aus.

**"Gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten müssen öffentliche Auftraggeber effizient und nachhaltig investieren. Dabei sollen soziale, ökologische und innovative Kriterien berücksichtigt werden"**

So äußert sich die SPD-Europaabgeordnete Barbara WEILER zum Zweck der Überarbeitung. Nach dem vorgeschlagenen Gesetz können Wirtschaftsteilnehmer vom Verfahren ausgeschlossen werden, wenn sie gegen europäisches Sozial-, Arbeits- oder Umweltrecht beziehungsweise gegen internationale arbeitsrechtliche Bestimmungen verstoßen. Das gilt auch für ungewöhnlich niedrige Dumpingangebote. "Gleichzeitig darf das Ziel der Vereinfachung der VergabeprozEDUREN nicht aus den Augen verloren werden, damit die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen nicht an bürokratischen Hürden scheitert", betont die Sozialdemokratin.



Unsere neue Landesregierung hat in Sachen Schule ja einiges vor. Jetzt bleibt nur inständig zu hoffen, dass sich viele Zuständige trauen, den guten Argumenten Gehör und Vertrauen zu schenken. Durch die Vermittlung des Roten Seehas, der ja regelmäßig auch über die österreichischen und schweizerischen Sozialdemokraten berichtet, hat 's Rote Füchsele Kontakt mit Peter Gubser (Foto) aufgenommen. Er berichtet kurz, wie das Schulwesen auf der anderen Seite des Bodensees organisiert ist. Und siehe: Da befürchtet keiner wie große Teile der CDU den halben Weltuntergang wegen einer Gemeinschaftsschule, die bei den Nachbarn "Volksschule" heißt und längst Alltag ist. 's Rote Füchsele dankt Peter Gubser für seinen Beitrag.

## Schweiz: Schule ist Sache der Kantone

Peter Gubser



In der Schweiz ist die Volksschule, d.h.

jegliche voruniversitäre Bildung, Sache der Kantone. In den Kantonen ist die Bildung unterschiedlich geregelt. In den letzten Jahren sind verschiedene Harmonisierungen der unterschiedlichen Organisationsformen in Angriff genommen worden, kommen aber nur schleppend voran.

Im Thurgau ist der Kanton lediglich für die Maturitäts- und Berufsschulen, dh. 9. bis 13. Schuljahr, zuständig. Über die Vorschule, heisst bei uns Kindergarten, und die Primarschule, 1. – 6. Klasse, ist die Primarschulbehörde in der Gemeinde zuständig, für die Sekundarschule, 7. – 9. Schuljahr, ist die Sekundarschulbehörde der Gemeinde zuständig. In manchen Gemeinden wurden diese beiden Schulbehörden zu einer Volksschulbehörde zusammengeschlossen.

**Diese Behörden bestehen aus 5 bis 9 vom Volk alle 4 Jahre gewählten Mitgliedern.**

Sie bestimmen über das Budget und über die zu bezahlenden Steuern und über die Infrastruktur und wählen die Lehrerinnen und Lehrer.

Über grössere Investitionen und über das Budget und den Steuerfuss beschliesst das Volk abschliessend in einer Gemeindeversammlung oder bei einer Volksabstimmung, je nach Grösse der Kommune. Es wäre auch möglich, die Schule der politischen Gemeinde anzugliedern. In den Kantonen Zürich und St. Gallen ist das so.

Der Kanton unterstützt die Schulgemeinden mit sogenannten Schülerpauschalen, womit ein gewisser Ausgleich zwischen armen und reichen Kommunen erreicht wird. Ausserdem überwacht der Kanton die Tätigkeit der Schulgemeinden im finanziellen und pädagogischen Bereich und regelt die Entlohnung der Lehrpersonen. Schulverwaltung und Reinigung und Unterhalt werden von den Gemeinden völlig selbständig und individuell geregelt. Bei uns gibt es auch Schulsekretäre, die meist für die gesamten Finanzen verantwortlich sind. Schulbücher und Schulmaterial, wie Hefte, Stifte und Werkmaterial, werden durch die Schulgemeinden bezahlt.

**Noch zu meiner Person:**

60-jährig, Lehrer der 4. – 6.

Klasse, alle Fächer ausser Musik und Englisch, 1979-95 in der Gemeindebehörde, 2000–2010 Präsident<sup>1</sup> der SP<sup>2</sup> Thurgau, seit 2000 im Kantonsrat<sup>3</sup>.

Anmerkungen der Redaktion:

<sup>1</sup> Etwa wie Kreisvorsitzender, entsprechend im Kanton

<sup>2</sup> SP = Sozialdemokratische Partei der Schweiz

<sup>3</sup> Ein Kantonsrat ist das jeweilige Kantonsparlament.

“Die Kantonsparlamente sind die Parlamente bzw. Legislativen der Kantone der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Sie sind mit den Gesetzgebungsverfahren der Bereiche betraut, die nicht in die Kompetenz des Bundes fallen.

Ihre Aufgaben umfassen in erster Linie die Gesetzgebung, die Oberaufsicht über Verwaltung, Regierung und Justiz sowie die Beschlussfassung über Steuern, Abgaben und Kredite, das kantonale Budget und die Staatsrechnung.” (Wikipedia, gekürzt)

Hinweis: In der Schweiz ist das Scharf-S (ß) ungebräuchlich.

Peter Gubser ist gerne bereit, noch offene Fragen klären zu helfen. Kontaktaufnahme über 's Rote Füchsele.





# Damals im Februar

Gerhard Tessin

## Vor 65 Jahren (1947): Preußens Ende

Der Alliierte Kontrollrat, das gemeinsame Entscheidungsgremium der Siegermächte in Deutschland, löste durch den Beschluss vom 25.2. das Land Preußen auf. Die Auflösung erfolgte tatsächlich schon 1945. Der Beschluss besiegelte offiziell das Ende einer 246jährigen Epoche. Als Gründungsdatum Preußens gilt der 18. Januar 1701, als sich der brandenburgische Kurfürst Friedrich III., Sohn des Großen Kurfürsten, in Königsberg selbst als Friedrich I., König "in" Preußen krönte. Preußen war bis zu seiner Auflösung mit fast 295.000 qkm und 41,8 Mio. Einw. (1939) der größte deutsche Staat, der von der Memel bis zur Saar den Hauptteil der norddeutschen Tiefebene bedeckte. Nach der Aufteilung wurden aus den preußischen Provinzen selbständige Länder.

## Vor 50 Jahren (1962): Sturmflut an der Küste

In der Nacht zum 17.2. wurden die Bewohner der gesamten deutschen Nordseeküste von der schlimmsten Sturmflut des bisherigen Jahrhunderts heimgesucht. Ein orkanartiger Nordweststurm hatte stundenlang über dem Meer getobt und das Wasser der Nordsee mit

Wucht an die Küsten gedrückt, so dass die meisten Deiche nicht mehr standhielten. Die Flut forderte viele Opfer und richtete mit einem Wasserstand von 3,77 m über dem normalen Hochwasser schwerste Schäden an.

Während an der schleswig-holsteinischen Westküste rechtzeitig alle Bewohner evakuiert werden konnten, erwischte es das Hamburger Elbegebiet besonders schlimm, wo das auflaufende Wasser der Flut in die Trichtertermündung des Stromes getrieben wurde. 312 Menschen kamen hier ums Leben. 100 000 wurden von den Wassermassen eingeschlossen. Der Hafen war völlig überschwemmt. Die Hamburger Innenstadt war am Morgen bis zum Rathaus hin überflutet. Bei den Rettungsmaßnahmen wurden auch 40 000 Soldaten der Bundeswehr zum Einsatz gebracht, die mit Hubschraubern, Sturm- und Schlauchbooten vielen Menschen das Leben retteten. Bei den Einsätzen starben auch sechs Soldaten und ein Polizeibeamter. Im Niedersächsischen Küstenbereich kamen 19 Menschen zu Tode, in Bremen sechs.

Insgesamt kamen bei dieser Flutkatastrophe 337 Menschen ums Leben. Der Gesamtschaden belief sich auf knapp 3 Milliarden DM (ca.

1,5 Mrd. €). Noch Schlimmeres, meinen viele Zeitgenossen, habe das beherzte Eingreifen des Innenministers Helmut Schmidt verhindert. Er setzte jede Hierarchie außer Kraft und mobilisierte binnen kurzer Zeit dank seiner in Bonn geknüpften Beziehungen die Bundeswehreinheiten sowie auch amerikanische, britische und holländische Streitkräfte für die Rettungsmaßnahmen. Und alles hörte auf sein "Kommando".

Die Hamburger Jahrhundertflut bleibt im öffentlichen Gedächtnis. Dabei hatte sich bereits Anfang des Monats im saarländischen Völklingen eine andere Katastrophe ereignet. Am 3.2. überraschte eine Schlagwetterexplosion in der Grube Luisenthal in 600 m Tiefe 400 Bergleute. Von ihnen konnten 299 nur noch tot geborgen werden.

## Vor 30 Jahren (1982): Skandal um Neue Heimat

In seiner Ausgabe vom 8.2. deckte das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" einen Skandal um die gewerkschaftseigene Wohnungsgesellschaft Neue Heimat auf. Laut Recherchen des Blattes sollen sich Vorstandsmitglieder mit Hilfe von Strohmannern und Tarnfirmen bereichert haben. Dem DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter warf das Blatt als Aufsichtsratschef der Neuen Heimat mangelnde Aufsichtspflicht gegenüber dem Vorstand vor. Wenige Tage





■■■ Fortsetzung von Seite 12

nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe entthob Vetter den Vorstandschef Albert Vietor sowie die Vorstandsmitglieder Wolfgang Vormbrock und Dr. Harro Iden ihrer Ämter. Der DGB-Chef verlangte, dass "die Vorgänge einer politisch-moralischen Bewertung" unterzogen werden müssten. Es gehe um das Ansehen der Gewerkschaften.

Die Neue Heimat (NH) war eine 1926 in Hamburg gegründete Unternehmensgruppe, die alle Wohnungsbaugesellschaften der Gewerkschaften vereinigte. Sie geriet nach diesem Skandal in eine prekäre Finanz-

situation. Wenige Jahre später kam das Aus. Der Brotfabrikant Schiesser übernahm 1986 die verschuldete NH für einen symbolischen Preis von 1,- DM. Sein Sanierungsplan scheiterte aber. Der DGB, dessen Einzelgewerkschaften über den Verkauf nicht informiert waren, kaufte die NH - wiederum für 1 DM - zurück und liquidierte dann das Unternehmen.

**Ebenfalls vor 30 Jahren:  
Appell in DDR-Kirchen**

Eine Bürgerinitiative von 35 Geistlichen, Arbeitern, Angestellten und Künstlern brachte einen Friedensaufruf

"Berliner Appell - Frieden schaffen ohne Waffen" auf den Weg. In vielen DDR-Kirchen wurden dafür ab 7.2. Unterschriften gesammelt. Der Aufruf begann mit dem Vorschlag, ganz Europa zur atomwaffenfreien Zone zu machen. Die BRD und die DDR sollten - so ein weiterer Vorschlag - Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, alle Atomwaffen aus beiden deutschen Staaten zu entfernen. Von der DDR-Regierung wurde die Einführung eines sozialen Friedensdienstes gefordert und die Abschaffung des Wehrkunde-Unterrichts an den Schulen. "Schwerter zu Pflugscharen", das war das Motto der DDR-Friedensbewegung. ■

**An die CDU: Wo bleibt "Der Schwarze Brummbär", oder so?**

's Rote Fuchsle findet bekanntlich weite Verbreitung, teils als gedrucktes Exemplar, insbesondere aber als elektronische Zeitung. Zu den Empfängern gehören auch recht viele Menschen, die in der CDU sind. Sie können in unserem Mitteilungsblatt erfahren, wie wir ticken, was wir uns vorstellen, was wir gut finden, was uns bewegt, was wir anstreben, worüber wir meckern - auch im eigenen Laden. Soweit, so gut.

Eigentlich würden wir andererseits auch durchaus gerne erfahren, was man beim großen Mitbewerber denkt. Aber da herrscht tiefes Schweigen. Es gibt vermutlich bei der Orts- und Kreis-CDU aber doch auch irgend eine Art Mitteilungsorgan — geht ja wohl fast nicht anders. Nur, will man es uns vorenthalten, und es zirkuliert nur streng intern? Seit Jahrzehnten?

Andererseits: Warum stand auch noch nie ein Mucks davon in der Zeitung? Hat man sich wider Erwarten vielleicht gar nichts Eigenes zu sagen und begnügt sich mit dem Weiterleiten von Verlautbarungen "derer von Oben"? Gibt's nebst dem Roten Fuchsle also vielleicht gar keinen "Schwarzen Brummbär" oder so was Ähnliches als Organ der CDU-Basis? Wie auch immer - es ist ein bisschen schade und bleibt auch etwas rätselhaft. Wir wüssten schon auch gerne, was man bei den Wettbewerbern denkt. Im Roten Fuchsle erfährt man, dass es bei uns im Ortsverein keinesfalls immer eine bestimmte Meinung gibt - oh nein, manchmal sind wir durchaus unterschiedlicher Ansichten. Aber wir ertragen das bestens und schämen uns auch nicht dafür. Schon gar nicht "gespalten" möchten wir deswegen genannt werden.

Zurück zur CDU. Da kennt man zwar die offizielle Meinung, die auch hiesige Repräsentanten immer wieder verkünden. Um beim aktuellen Beispiel zum bleiben - das (nur hierzulande!) neue Konzept der Gemeinschaftsschule. Herr Traub MdL, Herr Bgm. Wolf treten öffentlich dagegen auf. Sehen das aber alle in der CDU so? Gilt ihnen allen zum Beispiel die ganz klare Stellungnahme der hiesigen Handwerkskammer PRO Gemeinschaftsschule nichts? Gilt ihnen nichts, dass sich am 17. Januar 2012 die Schwäbische Zeitung (Gesamtausgabe!) eindeutig PRO Gemeinschaftsschule positioniert hat, mit einer Vielzahl guter Argumente? Gut, manche werden sich von allen noch so tollen Begründungen nicht überzeugen lassen, beratungsresistent eben. Aber doch gewiss nicht alle! Und eben dies, wie sich etwas in der Diskussion entwickelt, wie auch bei uns, wäre doch etwas ganz Interessantes. Oder etwa nicht, liebe CDU?

Ludwig Dorner  
seit 19 Jahren Blattmacher des Roten Fuchsles ■





Nein - nicht der Euro!

## Europa-Stoßseufzer

Ludwig Dorner

Nein, es ist nicht der EURO, der mich hier umtreibt. Zehn Jahre haben wir ihn, und zehn Jahre freue ich mich jeden Tag darüber. Freuen? Ja klar! Wir haben eine Schuldenkrise, aber doch keine Eurokrise. Der ist eine weltweit anerkannte Währung. Wenn die Amis nicht so viel Schiss davor hätten, würden sie ihn nicht vom ersten Tag an erbittert bekämpfen.

Dass manche Länder der EURO-Zone anfangs und längere Zeit ein falsches Spiel mit den anderen getrieben hätten, ja, das ist wohl unbestritten. Es waren dann prompt auch deutsche Konservative (Theo Waigel, Edmund Stoiber usw.), die den Südeuropaländern damals hämisch eine "äußerst kreative" Buchführung bescheinigten. Nebenbei: Man hat's also gewusst ...

Um die zwei Jahre darauf hat dann Deutschland selber massiv die EU-Verschuldungsobergrenze gerissen. Und was ist passiert? Nix, gar nix! Wehe, es wären die Kleineren im EU-Verbund gewesen. Dann wäre die Strafe Gottes, also die der EU-Großen, über sie hereingebrochen. So aber ist nichts geschehen. Nur: Bei uns wird das eher "vergessen" als bei jenen "Kleinen". Fazit: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Gleichwohl, die Schulden-Banken-Rettungsschirm-Währungs-Endlosgeschichte muss irgend ein brauchbares Ziel erkennen lassen. Bald. Und zwar so, dass es die anderen EU-Länder (wenn wir notfalls mal und nur ungern von den Briten absehen) mittragen können, ohne sich von Merkozy bevormundet oder gezwungen zu fühlen. Weil es mit der Währung

gerade so schwierig ist, halte ich es für tausendmal wichtiger als schon sonst, dass sich Europa/EU für uns alle im Alltag noch viel mehr zeigt. Und zwar nicht in Gurken-Bananen-Traktorensitz-Geschichten, von denen eine aufgeklärte Rote-Fuchslas-Lesergemeinde längst weiß, dass es jeweils gar nicht an der "bösen" EU-Bürokratie lag.

- Ich schreibe Neujahrsgriße an nette Menschen in Nah und Fern. Die meisten gehen per E-Mail in die Welt, aber bei einigen muss es auf dem Postweg sein. Warum kostet ein Brief von hier ans andere Ende von Deutschland 55 Cent, und von Kehl nach Strasbourg, von Lindau nach Bregenz oder von Konstanz ins schweizerische Kreuzlingen (also nur ein paar Hundert Meter weiter) etwa das Dreifache?
- Warum haben wir keine EU-einheitlichen Briefmarken (selbst mit sammlerfreudig bunt gemischten Motiven, siehe die EURO-Münzen-Rückseiten)?
- Warum muss ich im Nachbarland erst mal rausfinden, wie viel Cent/Euro die Briefmarke für eine Ansichtskarte nach Deutschland kostet?
- Warum kann ich mit meinem Handy in Deutschland ins Internet gehen (per Flatrate),

muss es aber, sobald ich auch nur in Grenznähe komme oder gar darüber, internetmäßig stilllegen, weil sonst die Kosten ins Unermessliche wüchsen? Eine große Anzahl der (bezahlten) Apps kann so ab Nähe Strasbourg, Bregenz oder Kreuzlingen gar nicht mehr genutzt werden.

- Warum führen Autozeitschriften Beliebtheitsrankingslisten, getrennt nach Einheimisch und Import? Und dann läuft der IVECO-LKW, der in Ulm produziert wird, als Importfahrzeug, weil das Stammhaus in Italien ist. Der Opel-PKW, der in Belgien vom Band läuft, ist hingegen "deutsch", auch wenn OPEL wiederum zu 100% in amerikanischen Händen ist.

(Zugegeben, das geht jetzt über Europa hinaus. Dennoch bleibt die Frage: Warum reden wir nicht von Export, wenn eine Maschine von Ehingen nach Schwerin geht, wohl aber, wenn eine von Freilassing nach Salzburg verkauft wird? Innerhalb der EU dürfte es die Begriffe Im- und Export ebenso wenig mehr geben wir innerhalb der deutschen Bundesländer.)

- Warum muss ich mir Merkzettel ins Auto heften und an der Grenze umstecken, weil ich (mit dem Wohnwagen hintendran) mal 100, mal 70,





Fortsetzung von Seite 14

mal 80, mal 130 fahren darf - und dann, im letzteren Fall, obwohl gesetzlich erlaubt, auch noch ohne Versicherungsschutz? Und dies innerhalb der EU! Und auch ohne Anhänger gibt es in jedem Land andere Tempolimits.

- Warum muss ich bei verpackten Lebensmitteln die Zutatenliste in drei oder mehr Sprachen studieren, bis ich alles genau beieinander habe, was darin enthalten ist? Jedes Land hat nämlich noch ein bisschen abweichende Kennzeichnungspflichten!
- Warum darf ich in Deutschland meine Winterreifen so weit runterfahren, dass ich mich damit in Österreich längst bußgeldpflichtig mache?
- Lasse ich mir im französischen Supermarkt Schinken oder Käse frisch schneiden und einpacken, wird auf dem Kassenbon die Zutatenliste gleich mit ausgedruckt. Das ist für Allergiker höchst hilfreich. Warum geht das nicht auch in Deutschland? In mindestens einem großen Ehinger Supermarkt können sie noch nicht mal auf Befragen in einer Liste nachgucken, was im Käse an der Bedientheke alles drin ist. Und da ist unerwartet vielerlei drin, könnten Allergiker (hinterher) feststellen. Ich weiß, wovon ich rede!
- Warum kann ich von Ehingen nach Buxtehude fahren, und der Bahncomputer rechnet mir den Preis gleich aus, aber warum kann er mir nicht sagen, was ich bis Kreuzlingen oder Innsbruck bezahlen muss?
- Warum darf mir der Busfahrer im Reisebus innerhalb Deutschlands Sprudel, Bier und Schnaps verkaufen, aber wenn er das im Ausland tut,

darf er sich vom dortigen Zoll nicht dabei erwischen lassen? Warum gibt es da keine EU-weite Regelung?

- Kaufe ich in einem EU-Nachbarland mal Wäsche, Klamotten oder Schuhe ein, muss ich Vergleichstabellen zu Rate ziehen, welche dortige Größe der "unseren" entspricht - warum geht das nicht EU-einheitlich?
- ... Es gäbe noch viele weitere Beispiele.

**Deutschland - ewig Jammerland**

Schon sehen manche wieder die Katastrophe heraufziehen, weil die Kontonummern EU-weit einheitlich gestaltet werden. Monster ... Riesen ... blickt doch keiner ... Feeeeeeeeeeehlerträchtig ... Hilfe. Scheiß-EU-Brüsseler-Idioten-Gemurkse. Leute schikanieren, das können sie dort. Scheiß-EU! Scheiß-Europa! So tönt's schon. Die Guten-Morgen-gute-Laune-Radio-Zwangsbeglucker-Modertoren überschlagen sich darüber ... Omas und Teenies jammern dann prompt, entsprechend befragt, in die Mikrofone. Wetten?

Und das geschieht wirklich: Die neuen, bald EU-weit gültigen Kontonummern setzen sich künftig im Prinzip zusammen aus (a) einem Länderkennzeichen (z. B. DE), (b) der bisherigen Bankleitzahl, die überflüssig wird (!!!), (c) der bisherigen Kontonummer, die man eh kennt, und einer Prüfziffer am Ende. Gott, wo ist das Problem? Zumal die allermeisten Überweisungen elektronisch gebucht werden, und dem Computer ist es eh wurscht ...

Es stand schon mal im Roten Füchsele: Der frühere

US-Außenminister Henry Kissinger spottete, er könne die EU nicht ernst nehmen, solange "die" nicht mal eine einheitliche Telefonvorwahl hätten. Recht hat er insoweit! Die Vorwahl soll jetzt auch mittelfristig kommen. Ich hör schon jetzt wieder das Jammergeschrei wie bei den Bankleitzahlen.

Natürlich müssen dann aber auch "Inlands"-Gebühren anfallen bzw. die Flatrates auf die EU ausgedehnt werden. Dann kann ich nämlich erst wirklich vor der sonntags geschlossenen Apotheke in Frankreich stehen und die Nummer derjenigen mit dem Wochenenddienst anrufen. Zettel hängt an der Tür. Ohne Wissen um die richtige Vorwahl war ich auch nach mehreren unterschiedlichen Versuchen mit meinem "deutschen" Handy machtlos ... Blöd, selbst wenn es mir vielleicht auch nur an der Routine fehlte. Und noch blöder, wenn es um einen Notfall gegangen wäre.

Wo bleibt das Positive? Ja, das gibt es natürlich auch! Viele Verbraucherschutzgesetze sind EU-weit einander inzwischen angepasst. Junge Leute bekommen immer mehr Berufsabschlüsse gegenseitig anerkannt. Pass und Führerschein sind in der EU einander ähnlich. Und vieles mehr, worüber uns unsere Europa-Abgeordneten Evelyne Gebhardt und Peter Simon immer wieder auf dem Laufenden halten.

Alles gut und recht - aber es sollte mal wieder einen spürbar kräftigen Ruck tun. Im Alltag positiv empfunden und erlebt von den meisten Menschen innerhalb der Europäischen Union. Die EU bräuchte es dringend! ■





Es stand vor  
10 Jahren  
im Roten Fuchsle

- 's Rote Fuchsle erscheint im Februar 2002 in seiner 100. Ausgabe.
- Georg Mangolds Haushaltsrede ist im Blatt (wie immer) vollständig nachzulesen.
- Gerhard Tessin wird für seine regelmäßigen geschichtlichen Beiträge gedankt, ebenso dafür, dass er - schon damals längst - zusammen mit seiner Frau die Verteilung der Printexemplare betreut. Auch den Austrägern/-innen wird gedankt.
- Die Redaktion dankt auch dem Ortsverein und allen Spenderinnen und Spendern.
- Ute Vogt, die damalige SPD-Landesvorsitzende, schreibt dem Roten Fuchsle ein Grußwort zum Hundertsten.

Diese aktuelle Ausgabe vom Februar 2012 ist die übrigens die 217.

Weitere Themen 2/2002:

- Pisa-Studie. Schlechte Ergebnisse. 's Rote Fuchsle sinniert darüber, wie es sein kann, dass die Sprachkenntnisse so schlecht seien. Schließlich ginge ja Hinz und Kunz schlampig mit der Sprache um. (Das hat sich bis heute nicht geändert! Erst gestern las ich in einem Schaufenster, dass der Laden "Mittag's" geöffnet habe. Man nennt es Deppenapostroph ...)
- Die angekündigte Kreisdelegiertenkonferenz befasst sich u.a. mit dem Thema "Die Bundestagswahl kommt."
- Ein Mann vom Fach (also nicht der Redakteur!) schreibt im Roten Fuchsle, dass es monatlich wenigstens 1000 (tausend!) Euro (Euro!) kosten würde, dieses Blatt gewerblich gestalten zu lassen.
- Und schließlich: 's Rote Fuchsle wünscht der Leserschaft eine "glückselige Fasnet".

Der Dank an die Mitwirkenden und die Spender/-innen sowie der Wunsch zu einer schönen Fasnet gilt auch 2012 wieder!

## (A)bgestimmt – wie?

's Rote Fuchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben, oder, dass im Berichtszeitraum keine Sitzung stattfand bzw. dass sie an der Teilnahme verhindert waren. Sie haben dies freundlicherweise aus eigenem Entschluss mitgeteilt. Danke!

**Martin Rivoir MdL**

Hier wieder Martins Abstimmungsverhalten in den Plenarsitzungen vom 9./10. November 2011:

- 1.) Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizinergesetzes, Drucksache 15/631: Ja
- 2.) Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und anderer Gesetze Drucksache 15/688: Ja
- 3.) Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag zum Glückspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag), Drucksache 15/690: Ja

Und vom 21. Dezember 2011

- 1.) Gesetz zur Abschaffung und Kompensation der Studiengebühren und zur Änderung anderer Gesetze (Studiengebührenabschaffungsgesetz), Drucksache 15/902 u 15/1004: Ja
- 2.) Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg und andere Gesetze Drucksache, 15/941 u 15/1017 : ja

**Klärle Dorner, Kreisrätin**

- Änderung der Satzung zur Schülerbeförderung. In Zukunft werden Familien, die auf Grund ihrer finanziellen Situation berechtigt sind, die Schülerbeförderungskosten ganz oder teilweise erstattet zu bekommen, diese nicht mehr davon befreit, sondern bekommen diese Kosten im Rahmen des Teilhabepaketes z. B. über das Jobcenter wieder ersetzt Das erspart dem Kreis rd. 30 000 Euro Mindereinnahmen. Ja
- Übernahme des Sanitätshauses Baur in die Dienstleistungsgesellschaft GmbH Alb-Donau-Kreis. Da kein Nachfolger gefunden wurde und keine Konkurrenzsituation gegeben ist, konnte ich - zwar mit etwas Bauchgrimmen - zustimmen.
- Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) im Alb-Donau-Kreis. Da bis im Jahr 2013 fast alle Landkreise umstellen werden, wäre bei einem Zögern unsererseits keine Vergleichbarkeit mehr gegeben. Deshalb soll die Verwaltung mit der Umstellung zum Jahr 2013 fortfahren. Diese Entscheidung ist deshalb wichtig, weil die neue Landesregierung im Koalitionsvertrag nun den Kommunen und Kreisen ein Wahlrecht beim zukünftigen Buchführungssystem vorsieht. Ja

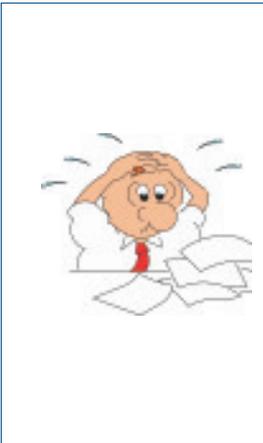




Fortsetzung von Seite 16

Manfred Ucker Gemeinderat

- Haushaltsplan 2012 -----ja
- 2. Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeuges TLF 24/50 für die Stützpunktfeuerwehr Ehingen -----ja
- 3. Vergabe der Möblierung Skaterplatz an der Berkacher Straße -----ja



Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Füchsele hat wieder seine Leserschaft\* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.

# (R)umgefragt

\*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst?  
Gerne! Einfach E-Mail an [Rotes.Fuechsle@t-online.de](mailto:Rotes.Fuechsle@t-online.de)



## Das war die Frage:

Die Europäische Union ist mehr als nur eine Wirtschafts- und (Teil-)Währungsunion. Gerade wir aus dem Wahlkreis, der einmal von Prof. Dr. Jürgen Meyer vertreten wurde, wissen, dass die EU nicht zuletzt auch eine Werte-Gemeinschaft ist. Jürgen war bekanntlich einer der ganz Maßgeblichen bei der Verfassung der EU-Grundrechts-Charta, die längst beschlossen und gültig ist.

Ungarn hat zur Zeit eine Regierung unter Viktor Orban, die weit am rechten nationalistischen Rand operiert und in letzter Zeit zahlreiche Grundrechte im Land eingeschränkt hat. Das lässt sich mit den Statuten der EU eigentlich längst nicht mehr vereinbaren. Ungarn braucht jetzt internationales Geld. Viel Geld.

Und nun die Frage selbst:

Ist es angemessen, wenn die EU diese Gelder zunächst zurückhält, bis sich Ungarn klar dazu äußert, ob und wie es die allgemeinen Grundrechte der Demokratie künftig wieder einhalten bzw. auch wiederherstellen will? Oder sollen wir sagen: Das eine (Geld) hat mit dem anderen (Grundrechte) zunächst nichts zu tun — es sei allein Sache Ungarns, wie es seine inneren Angelegenheiten regelt?

um Thema Ungarn hätte ich zunächst eine grundlegende Sache..: Den Türken wird der Beitritt in die EU verwehrt und immer wieder vorgeworfen, sie würden die Grundrechte (wie sie von der EU gefordert sind) nicht einhalten!

Und nun diskutieren wir tatsächlich darüber, ob Ungarn Geld bekommen soll, welches letztendlich von Steuerzahler gezahlt wird!!!Ganz klares

Nein!! Wer sich den Beitritt oder den Erhalt in der EU nicht leisten kann, der soll austreten oder erst gar nicht reinkommen!

In Deutschland leben viele Menschen am Minimum!!! Da wäre das Geld besser angelegt!!

Rabih Boulos  
Ehingen

ierzu gibt's 'ne klare Regel: Wer zahlt schafft an! Dies sind Frankreich und

Deutschland als alleinige Nettozahler.

Somit gibt's für Ungarn erst nach verbindlicher Umsetzung der Grund-/Menschenrechte Geld.

Gottfried Dirmeier  
Ehingen

Wer sich nicht an die Grund- und Menschenrechte hält, und die sollten sicher von der EU noch fester gezurrt werden, darf ebenso wie ein Wirtschafts-





Fortsetzung von Seite 17

sünder kein Geld bekommen bis die EU Richtlinien wieder eingehalten werden.

Auch kann es nicht unendlich so weitergehen, dass der deutsche Bürger für Jeden und Alles finanziell aufkommen soll.

Wir sind nicht in der Lage, alle negativen Ratings der anderen Staaten aufzufangen und das ganz ohne Maßnahmen und Gegenleistungen dieser Staaten.

Dann wäre es nämlich "billiger", Deutschland würde sich ebenfalls herabstufen lassen, und alle sind wieder auf einem gleich schlechten Niveau.

Stefan Enderle  
Ehingen

Ich meine: die EU sollte ein Junktim machen zwischen der Anerkennung von Grundrechten und der Geldverabreichung.

Ich werd mal noch eine gute ungarische Bekannte fragen, die schon lang in der Schweiz, lebt, was SIE dazu meint! )))).

Sie schrieb mir inzwischen: "Geldhahn zudrehen! Diese Regierung muss man unmöglich machen. Sonst werden die noch lange die armen Ungarn terrorisieren."

Veit Feger  
Ehingen

Seit Tagen schlage ich mich mit der Antwort herum. Kurzversion: Mehr als nur richtig. Auch Ungarn - genauso wie die Türkei - sind absolut nicht (mehr) reif, der EU anzugehören.

Es gibt aber erheblich zahlreichere Themen, die die Presse nur am Rande bearbeitet. Was haltet ihr von Koch-Mehrin? Und die Unterschlagungen in der EU? Und die Korruptionslandschaft?

Horst Feiler  
Illerkirchberg

Ja, ich halte es für durchaus angemessen, wenn die Gelder solange zurückgehalten werden.

Demokratie ist die Grundlage der Europäischen Union, deshalb sollte viel mehr Wert darauf gelegt werden, die demokratischen Grundrechte einzuhalten.

Kerstin Hofmann  
Riedlingen

Wer sich an keine Spielregel hält, kann dafür nicht auch noch bezahlt werden.

Wenn's anders nicht geht, dann eben kein Geld!!!

Peter Hörner  
Schelklingen

Ich halte es für richtig das Geld zurückzuhalten. Es kann nicht Sinn von Demokratien sein, ein autoritäres System mit Geld bei seinem Aufbau zu unterstützen.

Manfred Kistler  
Ehingen-Nasgenstadt

Ich finde, wenn ein Staat Teil der EU ist, so sollte er auch allgemeine Grundrechte vertreten, leben und akzeptieren (es ist schon traurig zu sagen, dass ein Land Grundrechte akzeptieren soll, normalerweise ist das eine Selbstverständlichkeit) - nur so kann das Zusammenspiel der einzelnen Länder in der EU wachsen und die EU voranbringen.

Hält sich ein Land - so wie Ungarn jetzt - nicht an diese Werte, so finde ich es mehr als angemessen, diesem Land keine Gelder mehr zur Verfügung zu stellen bzw. diese zurückzuhalten.

Kurz gesagt - ich vertrete Absatz 1 der Frage ;-) (gemeint: "Die Europäische Union ist mehr als nur eine Wirtschafts- und (Teil-)Währungsunion." -

Red.)

Alex Kübek  
Untermarchtal

Sicherlich ist es Sache Ungarns, wie es seine inneren Angelegenheiten regelt. Ebenso aber ist es Sache und auch Aufgabe der EU, darauf zu achten, dass die Mitglieder dieser Gemeinschaft sich an demokratische Grundregeln halten.

Deshalb halte ich für richtig, wenn Gelder an Ungarn zunächst zurückgehalten werden.

Gerhard Lindner  
Holzkirch

Ganz klar bin ich dafür, dass Geld und Menschenrechte zusammengehören. Viel zu selten werden in der Politik "Geld" und Menschenrechte verbunden. Nur in akuter "Not", z. B. Hungerkatastrophe in Äthiopien oder Erdbeben oder Tsunamis ... muss ohne Ansehen der "Person" geholfen werden. Aber in vielen anderen Fällen, wie jetzt z.B. in Ungarn, Russland oder China, werden Menschenrechtsverletzungen zu oft einfach ignoriert oder totgeschwiegen.

Wenn es das Druckmittel "Geld" gibt, soll es auch eingesetzt werden. Was in Ungarn abgeht, ist mehr als eine "politische" Kleinigkeit und könnte leider auch noch anderswo Schule machen.

Georg Mangold  
Ehingen

Endlich ist die Europäische Kommission aufgewacht und hat ein härteres Vorgehen gegen die nationalkonservative Regierung von Ministerpräsident Orbán beschlossen. Nachdem sie über Monate nur halbherzig gegen die systematische Aushöhlung des ungarischen Rechtsstaates





Fortsetzung von Seite 18

vorgegangen ist, hat die Kommission nun wegen der zum Jahreswechsel in Kraft getretenen Verfassung und weiterer umstrittener Gesetze ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Wenn nun bei der juristischen Prüfung vor dem Europäischen Gerichtshof herauskommen sollte, dass Ungarn gegen europäische Verträge verstoßen hat, dann müssen konsequenterweise auch entsprechende Sanktionen greifen - von Strafzahlungen bis hin zum Verlust des Stimmrechts in der EU.

Die Vertragsverstöße bei der Unabhängigkeit der Zentralbank sind das Eine.

Die andere Frage ist, ob Europa es tatenlos akzeptieren kann, wenn ein Mitgliedsstaat sich tendenziell immer stärker zu einem nationalistischen und autokratischen Staat entwickelt - selbst wenn dies mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament demokratisch legitimiert wird. Eine europäische demokratische Wertegemeinschaft muss sich in einem solchen Fall auch in innere Angelegenheiten einmischen und Druck ausüben. Das beinhaltet

auch, finanzielle Unterstützung mit Bedingungen zu grundlegenden demokratischen Rechten zu verknüpfen.

Hilde Mattheis  
Ulm/Berlin

Natürlich ist es angemessen, den ungarischen Regierungschef Viktor Orbán auf diesem Wege dazu zu bringen, die in einer Demokratie gültigen Grundrechte wieder herzustellen und auch einzuhalten. Man kann nicht Mitglied in der EU sein, um die finanziellen Vorteile auszuschöpfen, aber die elementarsten Grundrechte, wie sie auch in der EU-Grundrechts-Charta festgeschrieben sind, außer Acht lassen. Er hat bisher auf alle Ermahnungen der EU nicht reagiert, und daher sehe ich es als legitim, das Geld als Druckmittel zu benutzen.

Orbán muss begreifen, dass nur eine Rückkehr zu den Grundrechten auch ein Anrecht auf finanzielle Hilfe bedeutet. Es gilt immer noch der alte Grundsatz: Wer das Geld hat, hat das Sagen.

Viele Abläufe in Wirtschaft und Politik sind letztendlich

finanziell bedingt. Warum also sollte die EU hier dieses Instrument nicht einsetzen?

Gerhard Müller  
Ehingen

Kurz und deutlich: Wir finden es unbedingt notwendig, EU-Gelder für Ungarn NICHT auszuzahlen, so lange die Regierung Viktor Orbán allgemeine Grundrechte der Demokratie nicht wieder herstellt und garantiert.

Gisela und Gerd Reiber  
Furtwangen

Eben weil die EU eine Werte-Gemeinschaft ist und nicht nur eine Währungs- und Zahlgemeinschaft, halte ich es für unabdingbar, Ungarn an seine Verpflichtungen gegenüber dieser Werte-Gemeinschaft zu erinnern und Unterstützungsleistungen davon abhängig zu machen, ob und wie schnell Ungarn zur Grundrechtscharta der EU zurückkehrt.

Joachim Schmucker  
Ehingen

Zukunftswerkstatt Ehingen 2012 oder ein Aufbruch in Ehingen?

**Leider ohne Kaffeepause, aber sonst positiv überrascht  
Persönliche Ansichten zu einer neuen Art „Bürgerbeteiligung“**

Lutz Deckwitz

Ich habe mich relativ spät bei dieser Zukunftswerkstatt per Mail angemeldet und habe nach langer Zeit auch per Mail die Bestätigung erhalten, auf eigenen Wunsch zugeordnet dem Thema "Älter werden in Ehingen". Zugegeben, ich war skeptisch, was aus diesem Vorhaben werden würde und wurde aber positiv überrascht.

Schon auf dem Weg durch den Schulhof der Längenfeldschule sind mir verschiedene bekannte Personen aufgefallen, denen ich sonst nur im Theater oder in Konzerten begegne, aber, das

soll nichts heißen, ohne Vorurteile in die Veranstaltung, das war mein Vorsatz.

Nach Auskunft der Stadt Ehingen kamen 220 Teilnehmer, das ist in Baden-Württemberg Rekord. Herr OB Baumann zeigte sich auch ganz stolz angesichts dieser Zahl. Die Profis von der "Familien-





■■■ Fortsetzung von Seite 19

Forschung Baden-Württemberg" und dem "Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg" bestätigten diese Zahlen und berichteten von ca. 50 Veranstaltungen gleicher Art im Ländle. Ein Verantwortlicher dieser Organisation bestätigte im Gespräch, dass inzwischen schon Wiederholungsveranstaltungen geplant würden und dort dann eine Erfolgskontrolle stattfindet.

Den üblichen Begrüßungen folgte dann gleich die sogenannten Themenfeststellungen anhand von farbigen Karten. Rot = was einem in Ehingen nicht gefällt. Gelb = was in Ehingen gut ist und Grün = Visionen für Ehingen. Das war meiner Meinung nach ein guter Einstieg, was dadurch bewiesen wurde, dass eine Fülle von Karten dann auf den Stellwänden nach Themen sortiert zu lesen waren.

Von Grünanlagen über Hallenbad, Verkehr und Kindergartenproblemen sowie Bildungseinrichtungen und Öffentlicher Nahverkehr, quer durch das Leben in Ehingen wurde Kritik, aber auch Lob verteilt. Das Älterwerden und das Jungsein in Ehingen wurden auch beleuchtet und vor allem wurde alles im Plenum öffentlich ausgestellt und zur Diskussion gestellt. Doch die notwendige und gewünschte Diskussion wurde erst in den Arbeitsgruppen vertieft, ich beteiligte mich an der C4: Älter werden in Ehingen.

Wir bekamen einen Gruppenraum zugewiesen und unsere Moderatorin, eine Lehrerin an der Längenfeldschule, begann dann gleich mit der Vorstellungsrunde, vier Männer und fünf Frauen. Jeder der Teilnehmer sollte auch sein Anliegen zum Thema äußern. Ich selber regte das Thema preiswerter

Wohnraum für die ältere Generation in der Innenstadt an und erwähnte dabei noch den Gedanken an ein Bürgerhaus, das die SPD im vergangenen OB-Wahlkampf auch schon zur Sprache gebracht hatte.

Es erwies sich dann gleich, dass die Gruppengröße ideal war, um der Diskussion fast freien Lauf zu lassen. So entwickelte sich dann relativ schnell das Thema „Senioren-genossenschaft“ zum Hauptthema, auch weil ein Gruppenmitglied ein Beispiel aus Riedlingen als Beispiel anführte. Die Genossenschaft hat 650 Mitglieder, mit einem geringen Mitgliederbeitrag, und fungiert als Verein mit ordentlicher Vorstandschaft. Zudem ist die Genossenschaft sehr erfolgreich und baut jetzt das erste Objekt „Betreutes Wohnen“. Hier kann jeder Bürger mitmachen und sich gegen ein Entgelt bei tätiger Hilfe einbringen, er kann aber auch seine Punkte gutschreiben lassen, und wenn er dann später selber Hilfe braucht, sein Guthaben aufbrauchen. Eine bestechende Idee, aber wie organisiert man so etwas? Verein oder von kommunaler Seite aus? Wo kommt das Grundkapital her? Wer koordiniert alles?

Es stellte sich heraus, dass es in Ehingen eine große Anzahl von Hilfsdiensten gibt in allen möglichen Formen: Rot-Kreuz, Caritas, Diakonie, AhiJu (Alt-hilft-Jung), Glaubensgemeinschaften und, nicht zu vergessen, die lokale Agenda. Was wäre, wenn man all diese Aktivitäten vernetzen und unter einem Dach sammeln würde? Und wäre es nicht sinnvoll oder besser, eine "Familiengenossenschaft" zu gründen, um die Begegnung zwischen den Generationen zu fördern?

Quasi könnte man ein offenes Bürgerhaus symbolisch drüberstülpen und hätte dann alles gebündelt: Essensdienst, Tafelladen, Krankenhaus-Besuchsdienst, Rat + Tat, Oma- und Opa-Börse, Alttreff, Einkaufshilfe, Fahrdienst, Rollstuhl-Schiebedienst, Kinderschutz-Bund, Patenschaften ...

In diesem Stadium der Diskussion kam dann die Stadt Ehingen ins Spiel. Wäre es möglich, dass die Kommune eine Anschubfinanzierung ermöglicht oder sich sogar einen hauptamtlichen Mitarbeiter in einem solchen „offenen Bürgerhaus“ leistet? Gefragt ist auch die lokale Agenda.

Erfreulicherweise haben wir in unserer Gruppe Visionen entwickelt, und wenn wir Glück haben, werden aus diesen Träumen auch Wirklichkeit. Das wäre ein Grund, in Ehingen aktiv alt zu werden zusammen mit der jungen Generation. Dem Trend einer auseinanderdriftenden Gesellschaft Alt-jung könnte entgegen gesteuert werden.

Ähnliche Ergebnisse kamen auch von den anderen Gruppen. Neues und zum Teil auch Bekanntes. Entscheidend: Bürger konnten sich einmal mit Problemen ihrer Gesellschaft auseinandersetzen und bekamen sicher auch Anregungen. Erfreulich wäre, wenn dieser Weg in ähnlicher Form weitergeführt würde. Andere Themen gibt es sicher, und unsere Verwaltung im Rathaus inklusive unserem Gemeinderat hätten auf einmal einen aktuellen „Background“, was sehr sinnvoll wäre.

Zum Schluss: Schüler engagierten sich beim Essenverteilen, um ihre Reisekasse aufzubessern. Freiwillige Spenden waren der Lohn. Organisatorisch war alles ok, nur eine Kaffee-Pause hätte über den üblichen Nachmittags-Tiefpunkt hinweggeholfen. ■



## “Familienwerkstatt“ in Ehingen - einige Eindrücke und Gedanken eines Teilnehmers

Veit Feger (VF), Ehingen

Klara Dorner sah mich, VF, den Verfasser des folgenden Textes, am Samstag, 14. Januar, als Besucher der “Familienwerkstatt“ der Stadt Ehingen und bat mich um die Formulierung einiger Eindrücke von dieser Veranstaltung in der Längenfeldschule - fürs “Rote Füchsele“. Beide Zeitungen in Ehingen haben größer über die Veranstaltung mit ihren stattlichen 220 Teilnehmern berichtet. Daher jetzt nur MEINE persönliche Sicht.

### Das berühmte Positive zuerst:

Die Durchführung war von einer staatlich gesponserten Firma klug geplant. Die Teilnehmer wurden zum Mitmachen angeregt. - Die Moderatoren für die einzelnen Arbeitskreise machten, soweit mir erkennbar, ihre Sache gut. – Weil sich viele der Anwesenden bereits ehrenamtlich engagieren, war der Ton in den Arbeitskreisen freundlich, gesprächsbereit, aufgeschlossen.

Einige gute Ideen wurden - in den verschiedenen Arbeitskreisen – teils gleichlautend vorgetragen. Die meisten dieser Ideen sind nicht neu. Wie immer, meint VF, ist das Problem wohl eher die Durchführung und die FINANZIERUNG, nicht so sehr ein Mangel an guten Ideen.

Wie von mir befürchtet, gab es, von den Planern geradezu herbeigesehnt, auch das berühmte “Wunschkonzert“, das heißt: DAS könnte noch getan werden und JENES ..... für junge Leute etwa die sprichwörtliche Disco.

Je mehr Wünsche realisiert werden, desto mehr Geld braucht man. Dieses wächst nicht “im Viertel“, wie meine Mutter Ida Feger gerne sagte, nicht mal in Ehingen mit seinen vergleichsweise angenehmen hohen Gewerbesteuer-einnahmen.

Die wichtigen Entscheidungen, wofür eine Kommune Geld ausgibt, die fallen im Rathaus, im Gemeinderat und seinen Ausschüssen. Da nicht ALLE Wünsche erfüllt werden können, wird sicher über die REIHENFOLGE auf einer Wunschliste gestritten; hoffentlich wird darüber ÖFFENTLICH gestritten, damit die verschiedenen Interessengruppen erkennbar werden.

Für den Verfasser dieser Zeilen sollte Steuergeld für jene ausgegeben werden, die es ernstlich benötigen. Und das sind nicht konsumsüchtige Jugendliche, sondern die sogenannten Jungen Familien, also die Ehepaare mit kleinen und heranwachsenden Kindern, und dann viele alte Menschen, deren Zahl zunimmt, gerade auch die Zahl der ALLEIN- STEHENDEN unter ihnen, und auch die Zahl der unzureichend berenteten.

Was Junge Familien vorrangig benötigen: bezahlbaren Wohnraum, kostenlose Kindergärten. Das ist nicht neu. Die Frage ist nicht “was brauchen wir?“, sondern: Wollen wir es finanzieren? Können wir es finanzieren? Streichen wir statt dessen einen anderen Ausgabenpunkt?

Vielleicht noch nicht ganz so ins öffentliche Bewusstsein gedrungen ist, wie gesagt, das Problem der zunehmenden Zahl ALLEIN- STEHENDER

und auch (sehr häufig ohne eigene Schuld) schlecht berenteter Älterer. Alleinstehend, weil diese Menschen sich früher, als sie jung waren, keine Kinder zulegten, oder auch weil, wenn Kinder vorhanden, diese berufsbedingt weit entfernt wohnen, teils, weil einige Ältere auch nicht ihren Kindern zur Last fallen wollen; aus diesen und weiteren Gründen stehen viele Ältere heute ALLEIN. Sie bedürfen in einer immer komplexeren Umwelt der Hilfe bei Behördengängen etc. Gut wär auch jemand, der verschiedene schon bestehende Hilfsangebote “vernetzt“, von allen Bescheid weiß ...

Man kann sich gut vorstellen, dass für diese Aufgaben jemand ständig im Rathaus präsent ist, mit kundigem Rat, vereinzelt auch mit Tat. Eine Kommune ist hier als Stellen-schaffer gefragt.

ABER: wir brauchen nicht nur eine neue Stelle (vielleicht sogar mehrere), sondern auch jemand, der eine solche Stelle gut ausfüllt. Der Verfasser dieser Zeilen ist der altfränkischen Ansicht, dass der CHARAKTER ( Engagement, Zivilcourage, Unbestechlichkeit) wichtiger sind als ein formaler Ausbildungsabschluss. Leider erwirbt man Charakter nur selten auf einer regulären Schule. Es kann also auch mal richtig sein, eine vorhandene





Stelle NICHT zu besetzen, solange man niemand PASSENDEN dafür hat.....

Zu den bei der Versammlung geäußerten Wünschen zählte auch ein besseres Radwegnetz.

Der Verfasser dieser Zeilen war an diesem kalten, aber trockenen Samstagvormittag einer von maximal drei unter 220 Besuchern der Veranstaltung am westlichsten Ehinger Stadtrand, die dorthin

RADELTEN..... Was sich VF weiter denkt, kann der Leser erraten...

[veit-feger.homepage.t-online.de/](http://veit-feger.homepage.t-online.de/) ■

Stuttgart, 16. Januar 2012

## Startschuss für erste Gemeinschaftsschulen gefallen

MdL Christoph Bayer: „Mit neuer Pädagogik für bessere individuelle Förderung werden die Gemeinschaftsschulen in unserem Schulwesen für mehr Chancengerechtigkeit sorgen.“

Mit der heutigen Bekanntgabe der 34 Starterschulen, die als die ersten Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg eine neue Pädagogik einläuten, hat der Wechsel aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion auch in der Bildungspolitik nun richtig begonnen.

„Mit neuer Pädagogik für bessere individuelle Förderung werden die Gemeinschafts-

schulen in unserem Schulwesen für mehr Chancengerechtigkeit sorgen“, sagte SPD-Bildungssprecher Christoph Bayer. Die Einführung der Gemeinschaftsschule lege den Grundstein für eine faire und chancengerechte Bildungspolitik in Baden-Württemberg.

„Mich freut besonders, dass die Gemeinschaftsschulen in Zukunft das Miteinander und nicht die Ausgrenzung in den Mittelpunkt stellen werden<sup>1</sup>. Der Schwerpunkt liegt auf selbstverantwortlichem Lernen und bestmöglicher Förderung nach individuellen Begabungen“, unterstrich Bayer.

Gemeinschaftsschulen unterrichten künftig Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 im sogenannten rhythmisierten Ganztagsbetrieb. Ziel ist, dass neben der Stoffvermittlung in Einzel- oder Gruppenarbeit auch genügend Zeit zum Üben sowie für künstlerische oder sportliche Aktivitäten verbleibt.

Martin Mendler  
Pressesprecher  
SPD-Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart ■

<sup>1</sup> „... dass die Gemeinschaftsschulen in Zukunft das Miteinander und nicht die Ausgrenzung in den Mittelpunkt stellen werden.“

Es wäre schon sehr interessant, was die (vor allem CDU-affinen) Befürworter des bisherigen Schulsystems ernsthaft und vor allem guten Gewissens darauf antworten würden.

Ludwig Dorner ■

Am 17. Januar hat sich die Schwäbische Zeitung (SZ) im Leitartikel eindeutig positiv zur Gemeinschaftsschule geäußert. Lauter sachliche und damit gute Argumente wurden genannt. Klarer geht es nicht mehr: „Vor allem aber ist die Gemeinschaftsschule der richtige Weg für den Erfolg der Kinder.“

Auf Seite 2 hat sie am selben Tag ausführlich über das Projekt berichtet.

Dieser Mut ist anzuerkennen. Das Blatt für „christliche Kultur und Politik“ wird allerhand Prügel von konservativer Seite dafür einstecken müssen. Nur, einprügeln heißt noch lange nicht argumentieren. Und Schaum vor dem Mund zeugt nicht von klarer Denke.

Respekt, verehrte SZ-Redaktion, allen Respekt!

Ludwig Dorner ■



Reiseeindrücke aus dem Iran (Forts.)

## Gedichtvortrag in der Stadt Shiraz

Almut Pfeiffer

Eine weitere interessante Erfahrung machten wir in Shiraz. Dort sind die beiden wichtigsten Dichter Sadi und Hafez begraben. Ihre Mausoleen liegen in wunderschönen Gartenanlagen. Obgleich es kein Feiertag war, strömten zahlreiche Familien in die Anlage. An dem Gedenkstein versammelte sich die Familie. Dann legten alle zwei Finger auf den Stein. Dazu sprach ein Mitglied der Familie eine Sure (Koranvers), während der Rest der Familie andächtig verharrte. Anschließend wurde ein Gedicht des betreffenden Dichters auswendig rezitiert oder vorgelesen. Dann trat die nächste Familie an den Gedenkstein. Ich stellte mir dieselbe Situation bei den Gräbern von Goethe oder Schiller vor??!!

Shiraz hat auch noch andere Sehenswürdigkeiten, wie alte Moscheen und ein sehr beeindruckendes Fort. Überall ist man fleißig am Restaurieren.

Die Menschen hier sind sehr freundlich und aufgeschlossen. Die meisten Frauen beachten nur sehr begrenzt die Kleidungs Vorschriften. Wir wurden immer wieder nach dem Woher und Wohin gefragt. Lustig war, dass sie in Sachen Fußball in Deutschland bestens informiert waren. Leider war das Englisch nicht ganz so gut, wodurch unsere Gespräche sehr bald an ihre Grenzen stießen.

Bei aller Freude erlebten wir dann hier doch etwas, was uns deutlich vor Augen führte, dass wir uns eben doch in

einem autoritären Staat befanden, in dem die Polizei ganz willkürlich ihre Macht demonstriert. Wir befanden uns auf einem großen Platz vor einem alten Fort. Durch schrille Trillerpfeifentöne aufgeschreckt bemerkten wir, wie ein Mann im grünen Hemd, offenbar ein Polizist, auf ein paar Mädchen losging und ihnen einen Ball, mit dem sie ganz harmlos gespielt hatten, wegnahm und sie mächtig beschimpfte. Ein Mädchen setzte sich ganz kess zur Wehr. Im nächsten Augenblick waren alle wie vom Erdboden verschluckt. So schnell konnten wir gar nicht schauen. Wie und wohin war für uns nicht erkennbar. Kurz danach spielte ein kleiner Junge genau an der gleichen Stelle mit einem

Luftballon. Wieder ertönte die Trillerpfeife und auch hier wurde das Kind geschimpft. Wir hatten den Eindruck, dass der Ordnungshüter sein Amt ein bisschen zu genau genommen hat und kurz mal seine Macht demonstrieren wollte. Es macht aber auch klar, dass selbst kleinste Verstöße, soweit man das als Verstoß gegen die öffentliche Ordnung ansehen möchte, sofort in schärfster Weise behandelt werden.

Dennoch haben wir Shiraz als sehr sehenswerte Stadt empfunden. Abgesehen von den Sehenswürdigkeiten blühen die Blumen ganz üppig am Straßenrand, in den Gärten und Parks.

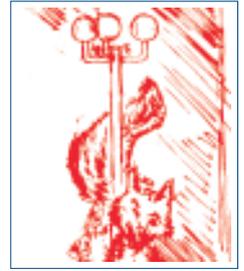
Fortsetzung folgt. ■



A glickseelige Fasnet...!



# Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

**Dienstag**s-Treff  
**Öffentliche Veranstaltung**

**7.** **Schwert EHINGEN**  
**Februar** **20.00 Uhr**

---

**Jahresplanung: Auswärts-Termine?**

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Gemeinderat EHINGEN
- Aktuelles: Kreistag
- Sollen wir ab und zu Termine an wechselnden Orten wahrnehmen (Bsp.): Betriebserkundungen (Handwerk/Industrie/Landwirtschaft) - Öff. Einrichtungen: Müllheizkraftwerk, Kläranlage - Museen (z. B. land- u. hausw. Sammlung Paul Braun, Griesingen) - Sitzung in Teilorten - ... Und weiter: Statt Dienstagstreff oder zusätzlich? - Ideen?Vorschläge ...
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:  
 6. März 2012  
 Gaststätte Schwert

**Öffentliche Veranstaltung**

**22.** **Schelklingen**  
**Februar** **Rittersaal im Alten Spital**  
**19.30 Uhr**

---

**Politischer Aschermittwoch mit Hilde Mattheis MdB**

- Schelklingen, Altes Spital (Rittersaal) Spitalgasse 6 (bei kath. Kirche)
- Hilde Mattheis informiert uns
- Aussprache
- Verschiedenes

**Prima Idee - dickes Lob:**

OB Baumann wird initiativ: "EHINGEN soll zur Modellstadt werden" (ET vom 19.1.2012). Das Blatt weiter: "... bei dem es um erneuerbare Energien und deren effizienten Einsatz geht." Das Projekt soll sich an eines der Stadt Leutkirch anlehnen. ■

Zur Zeit sieht man ja öfters Fotomontagen in der Zeitung mit zahlreichen Windkraftwerken aufgereiht. Soll das die Leute erfreuen oder abschrecken? Zugegeben, bei uns ist der Anblick noch selten. In anderen Gegenden Europas sieht man sie öfters oder sogar oft. Schrecklich? Mich beunruhigen die Gundremminger AKW-Wolken erheblich mehr als ein paar so schlanke Windräder am Horizont. LD ■



**Önd no anscheana Fonkasonntig!**